

II- 9342 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4583 J

1993 -04- 02

## ANFRAGE

der Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

betreffend Streß

Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen ist am 23. 3. 1993 mit einer Studie an die Öffentlichkeit getreten, in der die Experten Streß als DIE Krankheit des Jahrhunderts bezeichnen. Insbesondere der Streß bedingt durch den Arbeitsplatz wird in gravierenden Auswirkungen auf die Krankheit der Betroffenen analysiert. So heißt es zum Beispiel in dieser Studie, daß eine enorme Anzahl von arbeitsplatzbedingten Streßerkrankungen wie Herzattacken, Bluthochdruck, Magenkrankheiten festgestellt werden konnten. Zugleich ist Medienberichten zu entnehmen, daß in Österreich keine Voraussetzungen für eine Datenerhebung über streßbedingte Krankheitsbilder bestehen.

Dieses Problem ist nicht neu. Die unterfertigten Abgeordneten haben bereits in anderen Problemfeldern festgestellt, daß wesentliche Datenerhebungen über den Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung nicht oder nur mangelhaft vorliegen. Aus den kürzlich vom Bundesminister beantworteten parlamentarischen Anfragen betreffend Datenerhebung über bestimmte Behandlungsmethoden an österreichischen Krankenanstalten geht hervor, daß keine umfassenden Einblicke in diese Zusammenhänge existieren. Auch im epidemischen bzw. epidemiologischen Bereich fehlt es in Österreich an einem eindeutigen Informationsstand, aus dem vorbeugende Strategien möglich wären. Etwas Ähnliches kann auch von den nur in manchen Krankenanstalten üblichen Überprüfungen operativer Eingriffe (zum Beispiel durch Gewebeproben bei Pathologen) gesagt werden. Wo keine Ursachen erhoben werden, lassen sich auch keine entsprechenden Schlüsse ziehen.

Das österreichische Gesundheitssystem krankt daher nicht nur an Fehlinvestitionen in öffentlichen Spitälern, an Mangel an ärztlichem und pflegerischen Personal, finanzieller Abdeckung der falschen medizinischen Eingriffe durch die Kassen und einer wirtschaftlich motivierten Bettenauslastung in den Krankenanstalten, sondern auch am Fehlen einer eindeutigen Informationsgrundlage für eine entsprechende andere Gesundheitspolitik. So ist die Arbeits- bzw. Betriebsmedizin nicht ausreichend in der Lage über streßbedingte arbeitsplatzabhängige Krankheitsfaktoren etwas auszusagen, da hier die Vergleichsdaten fehlen. In vielen anderen Fällen ist das Erheben und Auswerten von gesundheitspolitisch wichtigem Datenmaterial der freien Initiative einzelner Gesundheitsinstitutionen überlassen. Zu einer flächendeckenden Vorsorgeaktivität kommt es dabei schon gar nicht, da die entsprechenden Einrichtungen in der Regel Einrichtungen der Nachsorgemedizin sind.

Diesem Mangel wäre grundsätzlich nur durch eine gesetzlich geregelte, (also eindeutig in der Kompetenz des Gesundheitsministers und nicht im Kompetenzdschungel einer gutorganisierten All-Unzuständigkeit im österreichischen Gesundheitswesen liegende) Datenerhebung und Auswertung abzuhelfen. Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz folgende

### **ANFRAGE:**

1. Ist Ihnen die Studie der ILO bekannt? Stellen Sie uns 1 Exemplar zur Verfügung?
2. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Studie, im Hinblick auf die in Österreich fehlende Voraussetzung zu einer entsprechenden Beurteilung?
3. Welche Möglichkeiten einer regionen-spezifischen, arbeitsplatz-spezifischen, gesellschaftsgruppen-spezifischen und alters-spezifischen Datenerhebung betreffend Streßfaktoren können Sie derzeit ausschöpfen?
4. Welches Bild ergibt sich aus dieser Einsicht?
5. Mit welchen Initiativen wollen sie dazu beitragen, den fehlenden Überblick über die österreichische Situation betreffend Streßfaktoren zu ergänzen?
6. Welche gesetzlichen Initiativen werden Sie dazu in der laufenden Gesetzesperiode an den Nationalrat leiten?